

Die Linke.Landesverband Hessen. Presseerklärung vom 2.11.2008

Landesvorstand empfiehlt Wahl von Ypsilanti

Sonntag, 02. November 2008

Bei seiner heutigen Sitzung hat sich der Landesvorstand der Partei DIE LINKE. Hessen mit 20 von 21 Stimmen dafür ausgesprochen, die Mitglieder der Fraktion DIE LINKE. im Hessischen Landtag darin zu bestärken, Andrea Ypsilanti zur Ministerpräsidentin zu wählen und ihre Regierung zu bestätigen. Dazu erklären die Vorsitzenden der Partei DIE LINKE. Hessen, Ulrike Eifler und Ulrich Wilken:

„Der Landesvorstand hat den Koalitionsvertrag von SPD und Grünen in einer intensiven Diskussion politisch bewertet. Maßstab war die ‚Erklärung der Partei und Landtagsfraktion DIE LINKE. Hessen zur Unterstützung einer rot-grünen Regierung‘, die Grundlage des positiven Entscheides der Mitglieder unserer Landespartei war.

Die LINKE. Hessen hält unverrückbar daran fest, dass der Regierungswechsel mit einem echten Politikwechsel für soziale Gerechtigkeit, für den Erhalt und Ausbau öffentlichen Eigentums, für den Ausbau der Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, für die Stärkung direkter Demokratie und für nachhaltigen Umweltschutz verbunden werden muss.

Der Landesvorstand war einhellig der Meinung, dass der vorliegende Koalitionsvertrag noch keinen Politikwechsel bedeutet. Bei vielen wichtigen Themen fehlen eindeutige Festlegungen. Dennoch haben SPD und Grüne in ihrem Koalitionsvertrag einen erkennbaren Richtungswechsel der Regierungspolitik in Hessen vorgenommen. Deshalb kann DIE LINKE an ihrer Entscheidung, die Minderheitsregierung von SPD und Grünen zu unterstützen, festhalten.

Wir werden auf soziale Initiativen, Bürgerbewegungen und Gewerkschaften zugehen mit dem Ziel, ihre Interesse nicht auf das Regierungshandeln zu delegieren, sondern sie gemeinsam mit uns selbstbewusst wahrzunehmen. Auch eine Minderheitsregierung, auch DIE LINKE braucht außerparlamentarischen Druck. DIE LINKE wird sich nicht auf das parlamentarische Wirken ihrer sechs Abgeordneten zurückziehen, sondern ihr Engagement in Initiativen, Bewegungen und Gewerkschaften verstärken.

Die Linke.Landesverband Hessen. Presseerklärung vom 31.10.2008

DIE LINKE. Hessen votiert mit über 90 Prozent für Unterstützung der Minderheitsregierung von SPD und Grünen

Freitag, 31. Oktober 2008

„Der Mitgliederentscheid der Partei DIE LINKE. Hessen über die Unterstützung der Minderheitsregierung aus SPD und Grünen endete mit einer Zustimmung von über 90 Prozent. Die erforderliche Mindestbeteiligung von 25 Prozent wurde mit 54,15 Prozent deutlich übertroffen“, teilt Landespressesprecher Achim Kessler mit.

Das Ergebnis im Einzelnen:

Stimmberechtigte:	2340
Abgegebene Stimmen:	1267 - 54,15 %
Ungültig:	146
Gültig:	1121
Ja:	1013 - 90,37 %
Nein:	101 - 9,01 %
Enthaltung:	7 - 0,62 %

Gemäß dem Beschluss des außerordentlichen Landesparteitages am 11. Oktober in Friedberg wird der Landesvorstand der Partei DIE LINKE. Hessen am Sonntag in Marburg den Koalitionsvertrag von SPD und Grünen im Hinblick auf die ‚Erklärung der Partei und Landtagsfraktion DIE LINKE. Hessen zur Unterstützung einer rot-grünen Regierung‘, die Grundlage des Mitgliederentscheids war, politisch bewerten und damit den Meinungsbildungsprozess der LINKEN abschließen.“

DIE LINKE. Hessen
Landesvorstand

Dr. Achim Kessler
Landespressesprecher

Erklärung der Partei und Landtagsfraktion DIE LINKE. Hessen zur Unterstützung einer Rot-Grünen Regierung

Hessen hat Nein zu Koch gesagt. Die Wählerinnen und Wähler haben sich mehrheitlich für einen Politikwechsel entschieden. Die hessische LINKE hat die grundsätzliche Bereitschaft von SPD und Grünen zur Kenntnis genommen, eine Regierung zu bilden, die bei einer Unterstützung durch die LINKE über eine parlamentarische Mehrheit verfügen würde.

Entsprechend dem Auftrag der Wählerinnen und Wähler und in dem Willen, die Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern und Schritte in Richtung einer solidarischen Gesellschaft mit demokratischer Teilhabe, gleichen Bildungschancen und sozialer Sicherung für Alle einzuleiten, erklärt die hessische LINKE:

1. Der Weg zu einem Politikwechsel in Hessen setzt eine Abwahl des geschäftsführenden Ministerpräsidenten Koch durch die Neuwahl von Andrea Ypsilanti zur Ministerpräsidentin und die Bestätigung der von ihr ernannten Regierung aus SPD und Grünen voraus. Die LINKE wird deshalb Andrea Ypsilanti zur Ministerpräsidentin wählen und ihrer Regierung im Landtag zustimmen. Auf die personelle Zusammensetzung der neuen Landesregierung wird die LINKE keinen Einfluss nehmen. Die LINKE ist nicht Teil der Regierung.

2. Mit den Stimmen der LINKEN wird es keine weiteren Privatisierungen, keine Verschlechterungen beim Umweltschutz, keinen Sozial- oder Personalabbau geben. Denn das wäre eine Fortsetzung der CDU-Politik der vergangenen Jahre und dazu ist die LINKE auf keinen Fall bereit. Die LINKE geht nach Gesprächen mit SPD und Grünen davon aus, dass die neue Regierung folgende zentrale Punkte des Politikwechsels in ihr Regierungsprogramm aufnimmt:

- a) Schaffung von 25.000 sozialversicherungspflichtigen und tariflich bezahlten Arbeitsplätzen durch:
- Investitionen des Landes in die Bereiche Bildung, Umwelt und Soziales
 - Neue Perspektiven auch für Langzeitarbeitslose durch eine bessere Förderung beim Wiedereintritt in den Arbeitsmarkt
 - Umwandlung von Ein-Euro-Jobs in reguläre Stellen im Rahmen eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors
 - Eine Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, die die Beschäftigungspotentiale insbesondere in der boomenden Umweltbranche endlich auch für Hessen nutzt.
- b) Entwicklung eines Anti-Armut-Programms, um auch wirtschaftlich schwachen Menschen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen (bspw. Hessencard).

- c) Beseitigung der Folgen der „Operation düstere Zukunft“.
- d) Reform und Ausbau des Schulwesens mit dem Ziel der Herstellung gleicher Bildungschancen und einer optimalen Förderung eines jeden Kindes.
Diesem Ziel sollen insbesondere dienen:
- Flächendeckendes Angebot und Förderung von längerem gemeinsamen Lernen bis zum 10. Schuljahr
 - Aufbau von Ganztagschulen und kleinere Klassen
 - Einführung eines Schulfonds für bedürftige Schülerinnen und Schüler.
- e) Durchsetzung eines generellen Nachtflugverbotes am Flughafen Frankfurt.
(Den Ausbau des Frankfurter Flughafens lehnt DIE LINKE nach wie vor aus ökologischen und ökonomischen Gründen ab.)
- f) Energiewende durch Energieeinsparung, Energieeffizienz und Ausbau erneuerbarer Energien.
- g) Ausbau der Demokratie auf allen Ebenen und zwar für alle dauerhaft in Hessen lebenden Einwohner; insbesondere durch erleichterte Möglichkeiten von Volks- und Bürgerbegehren.
- h) Investitionen in den Ausbau des öffentlichen Personen- und Nahverkehrs.
- i) Rückkehr des Landes Hessen in die Tarifgemeinschaft der Länder und Reform des Personalvertretungsgesetzes.
- j) Umfassendes Hessisches Vergabegesetz.
- k) Neuregelung der Ladenöffnungszeiten unter Einbeziehung der Tarifvertragsparteien.
- l) Prüfen der rechtlichen und finanziellen Möglichkeiten, um die Privatisierung der Unikliniken Gießen / Marburg rückgängig zu machen.
- m) Entwicklung eines „Landesaktionsprogramms für Demokratie und Vielfalt und gegen Rechts extremismus, Rassismus und Antisemitismus“.

3. Die finanzpolitische Ausgangslage und die Notwendigkeit, die verfassungsrechtlichen Grenzen einer Kreditfinanzierung einzuhalten (Art. 141 Hessische Verfassung), stellt die neue Landesregierung vor die Herausforderung der Bestimmung und Gewichtung politischer Inhalte und Referenzprojekte, die in einen zukünftigen Haushalt einfließen. Die LINKE geht davon aus, dass sich die oben beschriebenen Maßnahmen des Politikwechsels auch im Haushalt widerspiegeln und dabei die Umverteilung zugunsten benachteiligter Menschen, die Stabilisierung regulärer Beschäftigungsverhältnisse und die Steigerung der öffentlichen Investitionen in die öffentliche Infrastruktur sowie im Bildungs-, Umwelt- und Sozialbereich ein besonderes Gewicht erhalten.

Die LINKE erwartet, dass dabei die Einnahmengenungerechtigkeit und der gesellschaftliche Reichtum thematisiert werden, um mittel- und langfristige Finanzierungsmöglichkeiten aufzuzeigen (z. B. Vermögensteuer, Unternehmensbesteuerung, Reform der Erbschaftssteuer).

Unter diesen, insbesondere unter Punkt 2. genannten Voraussetzungen wird die LINKE einem von der Regierung vorgelegten Doppelhaushalt 2009/2010 wie auch den weiteren Haushalten in dieser Legislaturperiode zustimmen. Sie behält sich allerdings das Recht vor, gegenfinanzierte Änderungsanträge zu den Einzelplänen eigenständig im Landtag zu stellen.

Ein kurzfristiger Verzicht auf eine Kreditfinanzierung ist unrealistisch. Der Zeitpunkt, zu dem dies erreicht werden kann, hängt entscheidend von der Entwicklung der Einnahmenseite ab. Die Lebensbedingungen der Menschen dürfen nicht verschlechtert und dringend notwendige Verbesserungen nicht blockiert werden. Eine Sparpolitik wie bei der „Operation düstere Zukunft“ lehnt die LINKE ab.

4. Die Regierung Koch hat zahlreiche Gesetze – darunter auch Grundlagengesetze wie Schulgesetz, Beamtengesetz, Besoldungsgesetz, Gesetz über Sicherheit und Ordnung, Personalvertretungsgesetz, Lehrerbildungsgesetz oder Hochschulgesetz – zeitlich befristet. Die LINKE ist sich mit der SPD und den Grünen einig, dass Grundlagengesetze nicht ersatzlos entfallen können. Andererseits gibt es bei vielen dieser Gesetze einen erheblichen Änderungsbedarf. Es besteht deshalb Einvernehmen, dass sich in allen Fällen alle Beteiligten intensiv um konsensfähige und dem angestrebten Politikwechsel entsprechende Anschlussregelungen bemühen werden. Dabei sollten wenigstens die Verschlechterungen aus der Ära Koch aus den Gesetzen entfernt werden. Zur Überarbeitung der Gesetze sollten Arbeitsgruppen eingerichtet werden. Sollten diese fristgerecht kein umfassendes Ergebnis erzielen, kommt auch eine Teilreform in Betracht. Sollte auch darüber keine Einigkeit erzielt werden können, wird das Gesetz befristet verlängert.

5. Es besteht Einvernehmen, dass die Koalitionspartner die LINKE zeitgerecht und regelmäßig über anstehende Entscheidungen informieren und hierüber ein Meinungsaustausch mit dem Ziel einer Konsensfindung stattfindet. Die LINKE wird Gesetzentwürfen der Rot-Grünen-Koalition zustimmen, die den getroffenen inhaltlichen Vereinbarungen entsprechen. Die Möglichkeit gemeinsamer Anträge aus dem Parlament sollte verstärkt genutzt werden.

6. Der Politikwechsel in Hessen muss sich auch im Bundesrat auswirken. Der besondere Charakter einer Minderheitsregierung macht es deshalb nötig, dass über dort anstehende Entscheidungen eine rechtzeitige Information und ein Mei-

nungsaustausch stattfinden müssen und dass die Landesregierung im Rahmen ihrer verfassungsrechtlichen Zuständigkeit die Positionen der LINKEN berücksichtigt.

Das Abstimmungsverhalten im Bundesrat ist nach dem Grundgesetz alleinige Angelegenheit der Landesregierung.

Die LINKE geht davon aus, dass das Land Hessen Initiativen in den Bundesrat einbringen wird,

- a) um den Landtagsbeschluss zur Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns umzusetzen,
- b) um durch Hartz IV geschaffene Ungerechtigkeit zu beseitigen und hierzu als ersten Schritt den Regelsatz deutlich zu erhöhen,
- c) um die Einnahmen aus vermögensbezogenen Steuern, z.B. Vermögensteuer, zu stabilisieren und zu erhöhen,
- d) um das kommunale Wahlrecht für die dauerhaft in Deutschland lebenden Drittstaatenangehörigen einzuführen.

7. Die LINKE wird eine Zustimmung der Hessischen Landesregierung im Bundesrat zu Kriegen, zum Sozialabbau oder zur Vermögensumverteilung zugunsten der Reichen nicht mittragen.

8. Soweit keine Vereinbarungen nach den vorstehenden Ziffern getroffen wurden, behält sich die LINKE vor, eigene Anträge im Landtag zu stellen. Sie wird sich dabei an das vom Landesparteitag in Lollar verabschiedete Positionspapier halten. Das gilt auch hinsichtlich der strittigen Flughafenprojekte Frankfurt und Calden. Die LINKE lehnt diese Projekte nach wie vor ab.

9. Die LINKE ist sich mit SPD und den Grünen einig, dass die weitere Zusammenarbeit den Geboten der Fairness und der Verlässlichkeit folgen sollte und dabei die Gemeinsamkeiten gesucht und die Unterschiedlichkeiten akzeptiert werden (z. B. tritt DIE LINKE. Hessen weiter für die Überwindung von Hartz IV ein). Die positiven Erfahrungen, die bei der bisherigen Zusammenarbeit (z. B. bei der Abschaffung der Studiengebühren, bei der Mindestlohninitiative oder auch beim Abschiebestopp und bei der Härtefallkommission) gemacht wurden, sollten weiter genutzt werden. Die offene parlamentarische Debatte halten wir für wesentlich. Die Unterstützung der Regierung ist unter Berücksichtigung der Inhalte dieses Schreibens auf die Dauer der gesamten Legislaturperiode ausgelegt.

10. Diese Erklärung wird mit dem Mitgliederentscheid der LINKEN wirksam. Die LINKE ist kein Teil der künftigen Koalition und an der Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und Grünen nicht beteiligt. Die LINKE erwartet, dass die Koalitionspartner in ihren Verhandlungen die vorstehenden Punkte beachten werden. Die Ergebnisse der Koalitionsgespräche ändern aber nichts an der vorstehenden Erklärung. Nach einem positiven Mitgliederentscheid ist diese Erklärung Grundlage für die politische Verlässlichkeit der Partei DIE LINKE in Hessen.

DIE LINKE – Für einen Politikwechsel in Hessen

DIE LINKE ist in ihrem Wahlprogramm mit den zentralen Forderungen in den hessischen Landtagswahlkampf gegangen:

- Koch muss weg! Jede Stimme für DIE LINKE ist eine Stimme gegen Koch
- Wir wollen einen Politikwechsel für mehr Demokratie, freie Bildung und soziale Gerechtigkeit.

Ministerpräsident Koch hat keine Mehrheit mehr, weder bei den Wählerinnen und Wählern noch im Parlament. DIE LINKE will den Regierungswechsel möglich machen, deshalb werden wir Andrea Ypsilanti zur Ministerpräsidentin wählen, wenn sie antritt. Wenn es nach der LINKEN gegangen wäre, könnte sie bereits seit Monaten Ministerpräsidentin sein. Ein Regierungswechsel ist nur möglich, wenn DIE LINKE auch Ypsilantis Kabinett wählt, dazu sind wir bereit, auch wenn wir gegen einzelne Personen große Bedenken haben. Für uns steht aber die Politik im Vordergrund, an Personen werden wir die Abwahl Kochs nicht scheitern lassen.

Es gibt gravierende Differenzen zwischen SPD/Grünen und der LINKEN. Wir lehnen die Agenda 2010-Politik, die Hartz-Gesetze, die Rente mit 67 und die Bundeswehreinsätze grundsätzlich ab, um nur einige Punkte zu nennen. Und auch auf der Landesebene gibt es Streitpunkte, wie den Flughafen ausbau oder in Fragen der Schulpolitik.

Der LINKEN ist es wichtig, ihre Vorstellungen in die Diskussion über den Haushalt und wichtige Gesetzesvorhaben einzubringen und dafür im Landtag eine Mehrheit zu finden. Ein politischer Richtungswechsel muss sich in der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik ebenso niederschlagen wie in der Sozial- und Bildungspolitik. Hessen braucht einen Richtungswechsel in der Energiepolitik und muss mehr Demokratie wagen. Der Politikwechsel muss sich im Landeshaushalt mit veränderten Schwerpunkten für soziale Gerechtigkeit wiederfinden. Einem Haushalt einer rot-grünen Minderheitsregierung, der in diese Richtung geht, wird DIE LINKE zustimmen. Umgekehrt steht aber fest: Mit den Stimmen der LINKEN wird es keine weiteren Privatisierungen, keine Verschlechterungen beim Umweltschutz, keinen Sozial- oder Personalabbau geben. Denn das wäre eine Fortsetzung der CDU-Politik der vergangenen Jahre und dazu ist DIE LINKE auf keinen Fall bereit.

Die Wahlprogramme der hessischen SPD, der Grünen und der LINKEN zeigen in den Fragen der Energiewende, der Rücknahme der Kürzungen aus der „Operation sichere Zukunft“, einer Ausweitung der Bürgerbeteiligung und in der vollen Anerkennung der Tarife für die Landesbeschäftigten Übereinstimmung. Die Menschen in Hessen erwarten von uns, dass wir diese Verbesserungen gemeinsam durchsetzen. Die Abschaffung der Studiengebühren zeigt, dass wir zum Nutzen der Bürgerinnen und Bürger beitragen können. Hinter diese Gemeinsamkeiten darf eine neue Landespolitik nicht zurückfallen. Wenn SPD und Grüne zu ihren Wahlprogrammen stehen, sehen wir viele Ansatzpunkte für eine Zusammenarbeit.

DIE LINKE will die Debatte über einen Politikwechsel nicht auf das Parlament begrenzen, sondern daran mitwirken, gesellschaftliche Kräfteverhältnisse zu verändern. So wäre die Abschaffung der Studiengebühren ohne die Studierendenbewegung und deren Rückhalt in der Bevölkerung nicht möglich gewesen. Als Teil der sozialen Bewegungen suchen wir den Rat und die Kritik der Gewerkschaften, der außerparlamentarischen Initiativen, der Kirchen, der Bürgerinitiativen, von Wählerinnen und Wählern.

DIE LINKE steht für den Politikwechsel in Hessen und streitet für eine Politik der sozialen Gerechtigkeit, Demokratie und nachhaltigen ökologischen Gestaltung Hessens.

Für DIE LINKE sind folgende Forderungen zentraler Bestandteil eines Politikwechsels:

Politikwechsel für gute Arbeit und gerechte Verteilung gesellschaftlichen Reichtums

- Investitionen im Bildungs-, Umwelt- und Sozialbereich;
- Herstellung regulärer Arbeitsbedingungen im öffentlichen Sektor durch Wiedereintritt des Landes Hessen in die Tarifgemeinschaft der Länder;
- Investition in einen öffentlichen Beschäftigungssektor zur Schaffung von 25.000 Arbeitsplätzen und Umwandlung von 1-Euro-Jobs in sozialversicherungspflichtige, tariflich bezahlte Stellen;
- Wiedereinführung fester Ladenöffnungszeiten;
- Hessen-Card, die soziale Vergünstigungen von Land, Kreis und Kommunen bei der Nutzung von öffentlicher Infrastruktur und des öffentlichen Personen- und Nahverkehrs diskriminierungsfrei bündeln soll;
- Rücknahme der erfolgten Streichungen aus der ‚Operation sichere Zukunft‘ insbesondere im Sozialbereich;

Politikwechsel für gleiche Bildungschancen

- die kostenlose Bildung von der Krippe bis zur Weiterbildung, flächendeckend Aufbau der Gemeinschaftsschule als Ganztagschule bis zur 10. Klasse als Regelschule
- Keine privatisierten, gewinnorientierten Angebote in der Bildung
- Bereitstellung ausreichender personeller und sachlicher Ressourcen für die Umsetzung des Bildungs- und Erziehungsplanes in den Kindertagesstätten
- Einführung eines Schulfonds für bedürftige Schülerinnen und Schüler (Schulsachenfonds, ermäßigte Essentartife, Klassenfahrtbeteiligungen);
- Für eine Demokratisierung in Schule, Hochschule und Weiterbildung
- Ausbildungsplatzgarantie für alle Schulabgänger in Hessen

Politikwechsel für Frieden und Umwelt

- keine Förderung der Verlagerung des Europa-Hauptquartiers der US-Armee nach Wiesbaden aus Landesmitteln
- keine Bundeswehrwerbung an Schulen, Hochschulen und beruflichen Bildungseinrichtungen
- für eine Energiewende auf der Basis regenerativer Energien, die Regionalisierung der Energieerzeugung und deren demokratische Kontrolle
- öffentliche Kontrolle der Stromnetze und der Energiepreise
- Stopp des Ausbaus des Flughafens Frankfurt, für ein prinzipielles Nachtflugverbot von 22.00 bis 6.00 Uhr. Die wirtschaftlich unsinnigen, verkehrspolitisch kontraproduktiven und ökologisch

unverantwortlichen Planungen für den Flughafen Kassel-Calden dürfen vom Landtag erst gar nicht genehmigt werden

- Verknüpfung öffentlicher Beschäftigungspolitik mit nachhaltiger ökologischer Entwicklung und Schaffung von Investitionsprogrammen im Bereich der regenerativen Energien und des Umweltschutzes (Lärm- und Gewässerschutz, Luftreinhaltung);
- Investitionen in die Infrastruktur des öffentlichen Personen- und Nahverkehrs;

Politikwechsel für gesellschaftliche Teilhabe, Demokratie und Mitbestimmung

- Erhalt und Ausbau des öffentlichen Sektors, keine weiteren Privatisierungen des öffentlichen Eigentums
- Rücknahme der Privatisierung der Universitätskliniken Giessen und Marburg
- Entwicklung eines Landesaktionsprogramms gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus;
- Ausbau direkter Demokratie in Kommunen, Kreisen und auf Landesebene
- Ausbau gewerkschaftlicher Mitbestimmung, Novellierung des HPVG

Politikwechsel aus Hessen in die Bundespolitik

- Initiierung einer Bundesratsinitiative zur Wiedereinführung der Vermögenssteuer
- Initiierung einer Bundesratsinitiative zur Einführung eines Mindestlohnes von mindestens 8,44 €
- Bundesratsinitiative zur Abschaffung von Hartz IV, als ersten Schritt Erhöhung des Regelsatzes auf 435,00 €
- Bundesratsinitiative zur Abschaffung der Rente mit 67
- für den sofortigen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan
- Unterstützung der Bundesratsinitiative für kommunales Wahlrecht für Drittstaatenangehörige

DIE LINKE will einen neuen Stil in der Politik praktizieren. DIE LINKE wird die Öffentlichkeit und die Mitglieder der Partei regelmäßig und transparent über wichtige Schritte und Ergebnisse informieren, Foren des Gesprächs auf Orts- und regionaler Ebene einrichten und sicherstellen. Das letzte Wort über alle wichtigen Entscheidungen liegt bei den Mitgliedern. Die Politik wieder aus den ‚Hinterzimmern der Macht‘ herauszuholen, auch das ist Teil eines Politikwechsels.

In dem ganzen Prozess werden die Partei, ihre Gremien und ihre Mitglieder beteiligt.

- Im ersten Schritt kommt es zu Gesprächen. Nach einer Bewertung durch Landesvorstand, Kreisvorsitzende und den Mitgliedern der Fraktion entscheiden diese, ob die Gespräche in Verhandlungen münden oder nicht.
- Im zweiten Schritt wird ein mögliches Verhandlungsergebnis mit den Parteimitgliedern in Regionalkonferenzen beraten.
- Im dritten Schritt entscheiden die Mitglieder gemäß unserer Satzung § 8 Ziffer 1, ob das Ergebnis akzeptiert wird

Die Gespräche und Verhandlungen werden von einer Delegation geführt, die sich aus Mitgliedern der Fraktion und des Geschäftsführenden Vorstandes zusammensetzt.